

G7 – Globale Gerechtigkeit #statt Schuldendienst

Dokumentation einer Informations- und Diskussionsveranstaltung des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag e.V. (BER) in Kooperation mit Solidaritätsdienst International e.V. (SODI) und erlassjahr.de am 11. Mai 2022 im Rahmen der Kampagne G7 – Globale Gerechtigkeit #statt Schuldendienst von erlassjahr.de

Hinter der Kampagne steht ein breites Bündnis aus über 500 Organisationen aus ganz Deutschland. Anlass ist die globale Schuldenkrise, die vor allem weite Teile des Globalen Südens betrifft, Abhängigkeiten aufrechterhält und einer nachhaltigen Entwicklung der betroffenen Länder im Wege steht. In unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem wird Überschuldung zu einem Machtinstrument der Gläubiger bis hin zur neokolonialen Einflussnahme auf die Innenpolitik. Aktuelle Entwicklungen und Krisen verschärfen die Situation weiterhin und erfordern eine umfassende Entschuldung um langfristige Entwicklung zu ermöglichen.

Hintergrundinfos im Schuldenreport 2022 von erlassjahr.de und Misereor unter <https://erlassjahr.de/produkt/schuldenreport-2022/>

Was sind Schulden und wie kommen sie zustande?

Schulden sind inhärenter Bestandteil unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems. Bis auf wenige Ausnahmen sind alle Staaten dieser Erde verschuldet und nehmen regelmäßig neue Kredite auf, um Investitionen zu tätigen und somit ihre Entwicklung zu fördern. Geld, das für diese Kredite verliehen wird, muss nicht zwangsläufig real existieren, sondern wird besonders bei Staatsverschuldung erst im Fall der Kreditaufnahme „geschaffen“. Das heißt, dass neues Geld in unserem Wirtschaftssystem erst über die Vergabe von Krediten in den Umlauf kommt. Im Umkehrschluss verschwindet Geld wieder, sobald Kredite beglichen werden. Dieser Umstand klingt abstrakt – das liegt daran, dass es sich um ein System handelt,

das neben dem Geldkreislauf zwischen bspw. Privatpersonen existiert.

Welche Bedeutung haben Schulden für unser Wirtschaftssystem?

Unser Wirtschaftssystem ist auf Wachstum ausgerichtet und daher auf immer mehr Geld angewiesen, um nicht in die Krise zu stürzen. Wie bereits erwähnt wird Geld durch die Aufnahme von Schulden in den Umlauf gebracht. Um das wirtschaftliche Wachstum zu finanzieren werden stets mehr Kredite aufgenommen als zurückgezahlt.

Die Ungleichverteilung des Geldes ist ein weiterer Grund für das Anwachsen der Schulden, denn viele

Länder müssen ihre täglichen Bedarfe durch die Aufnahme von Krediten finanzieren und werden somit in Abhängigkeiten gezwungen.

Welche Akteur*innen treten als Gläubiger*innen auf?

Die wichtigste Gläubigergruppe sind private Gläubiger, das heißt beispielsweise Banken, Investmentfonds, Versicherungen oder Rohstoffunternehmen. Die Kreditaufnahme bei privaten Gläubigern erfolgt entweder durch den Verkauf von Staatsanleihen auf den internationalen Kapitalmärkten oder durch Bankkredite. Private Kreditvergaben sind meist teurer und fast ausschließlich finanziell motiviert, während öffentliche Kreditvergaben an politische Zielsetzungen und Interessen, zum Beispiel entwicklungspolitische Ziele, geknüpft sein können. Die wichtigsten Akteure der öffentlichen Kreditvergabe sind internationale Finanzorganisationen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds. Die Entscheidungsgewalt innerhalb beider Organisationen liegt bei den wirtschaftlich starken Mitgliedern, insbesondere den G7-Mitgliedsstaaten. Diese Organisationen treten als Gläubiger auf und spielen im Falle von Schuldenkrisen eine wichtige Rolle dabei, zu entscheiden, ob und wie viele Schulden gestrichen werden und welche (wirtschafts)politischen Maßnahmen dafür im Schuldnerland umgesetzt werden müssen.

Wann wird Staatsverschuldung zu einem Problem?

Einerseits wird die Verschuldung zum Problem, wenn Regierungen Kredite ungeachtet der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes aufnehmen oder aufgenommene Gelder nicht sinnvoll investieren. Im Umkehrschluss erfordert dies natürlich immer auch die Bereitschaft der Kreditgeber, Kredite für diese Projekte zur Verfügung zu stellen, die ihrer Sorgfaltspflicht

in diesen Fällen ebenfalls nicht nachgekommen sind. Verbindliche Regeln für eine verantwortungsvolle Kreditvergabe existieren nicht.

Andererseits können auch externe Faktoren dazu führen, dass Schuldnerstaaten ohne eigene Schuld in eine Schuldenkrise rutschen. So können beispielsweise Naturkatastrophen vormals rentabel erscheinende Investitionen gefährden. Viele Staaten sind zudem vom Export einzelner Güter abhängig und geraten ins Straucheln, wenn die Weltmarktpreise für diese Güter plötzlich einbrechen. Eine zentrale Rolle spielt auch die Geldpolitik von Ländern des Globalen Nordens, insbesondere den USA. Die Erhöhung der Leitzinsen in den USA führt beispielsweise aktuell dazu, dass die Zinsen weltweit rasant steigen, die Staaten im Globalen Süden für die Aufnahme von Krediten und damit für die Refinanzierung zuvor aufgenommener Gelder zahlen müssen. Zudem führt die Zinswende dazu, dass viele Währungen der Länder des Globalen Südens stark an Wert verlieren und die Inflation in diesen Ländern steigt, was ebenfalls dazu führt, dass die Rückzahlung für Schuldnerstaaten immer schwieriger wird.

Welche Konsequenzen resultieren aus der Überschuldung von Staaten?

Das Schuldenmanagement liegt fest in den Händen der Gläubiger. Im Falle eines Erlasses oder der Vergabe neuer Kredite werden diese an Bedingungen geknüpft, die bis zur Einflussnahme auf den Staatshaushalt oder innenpolitische Entscheidungen reichen. Die Folge sind Einsparungen bspw. im Gesundheits- oder Bildungssektor oder die Durchsetzung nicht gewollter Reformen.

Warum sind Schulden für Länder des Globalen Nordens unproblematischer?

Die ungleich höheren Steuereinnahmen der Länder des Globalen Nordens machen Kredite finanzierbar.

Zudem sind Staaten des Globalen Nordens nicht so anfällig für globale Schocks beziehungsweise können globale Entwicklungen, wie beispielsweise die Entwicklung der globalen Zinssätze sehr viel stärker mitbeeinflussen. Man spricht daher auch von Staaten des Globalen Nordens von sogenannten „Cycle makern“ während Staaten im Globalen Süden die „Cycle taker“ sind. Verkürzt heißt das beispielsweise, dass die USA ihre Leitzinspolitik so ändern, wie es ihnen für die inner-amerikanische Wirtschaft sinnvoll erscheint. Ländern im Globalen Süden haben bei diesen Entscheidungen kein Mitspracherecht, sind von deren Konsequenzen aber ebenfalls massiv betroffen. Letztlich sind Staaten des Globalen Nordens vor allem in ihrer eigenen Währung verschuldet und können somit über ihre Geldpolitik Einfluss auf den Schuldengang nehmen.

Welche Rolle spielen und spielten Schulden in der Kolonialpolitik der Länder des Globalen Nordens?

Die wirtschaftliche Vormachtstellung des Globalen Nordens gegenüber der Stellung des Südens ist historisch gewachsen und fußt auf der Ausbeutung während des Kolonialismus. Die gewaltvolle Aneignung der natürlichen Ressourcen und der Arbeitskraft (Versklavung) haben den Kolonisatoren wirtschaftliche Vorteile erbracht, welche die Grundlage für ihren heutigen Reichtum bilden. Auch bei der Kolonisierung wurden Schulden als wichtiges Machtinstrument eingesetzt: So wurden beispielsweise in vielen Kolonien Kopfsteuern eingeführt. Ungeachtet der Lebenslage oder der wirtschaftlichen Situation musste jede Person einen festgesetzten Betrag an die Kolonisatoren entrichten. Da vielfach die Währung der Kolonisatoren in den Kolonien eingeführt wurde, musste diese Steuer auch in dieser Währung beglichen werden. Um an das Geld zu gelangen, mussten betroffene Personen bspw. auf Plantagen für die Exportwirtschaft arbeiten. Die Auferlegung von Kopfsteuern ist auf individueller Ebene der Beginn der wirtschaftlichen Ausbeutung

und Abhängigkeit, die sich in der Schuldenkrise bis heute fortsetzt. Auch die Unabhängigkeit musste in vielen Staaten teuer erkaufte werden, da die Kolonisatoren den Verlust von Land und Arbeitskraft den nun unabhängigen Staaten in Rechnung stellten.

Welche Entschuldungsinitiativen gibt es und welche Kritik besteht daran?

Mitte der 1990er Jahre haben die G8-Staaten in Folge des öffentlichen Drucks die HIPC (Heavily Indebted Poor Countries Initiative) gegründet. Ziel war eine durch die internationalen Finanzorganisationen koordinierte Entschuldung. Länder, die für die Initiative qualifiziert waren, wurden mit Auflagen zur Armutsbekämpfung und wirtschaftlichen Entwicklung belegt. Im Gegenzug wurde ein Schuldenerlass bis zu einem bestimmten Prozentsatz der Wirtschaftsleistung durchgeführt. Es folgten weitere Initiativen mit teilweise fast vollständigem Schuldenerlass bei den öffentlichen Geldgebern. Für einige Länder haben diese Initiativen zu umfassenden Entlastungen und zu wirtschaftlicher Entwicklung führen können. Es besteht aber weiterhin das Problem, dass bei Zahlungsunfähigkeit die Kreditgeber über Teilerlass oder Umschuldung entscheiden.

Welche Forderungen an eine internationale Schuldenpolitik gibt es?

erlassjahr.de fordert ein rechtsstaatliches Staateninsolvenzverfahren mit unabhängigen Entscheidungsinstanzen und der Gewährung eines Existenzminimums. Ein solches transparentes Verfahren soll Schuldner davor bewahren, von der Gnade und Einsicht ihrer Gläubiger abzuhängen. Zudem müssen illegitime Schulden, die unter Missachtung von Rechtsstandards zustande gekommen sind, gestrichen werden. Und es müssen endlich Standards für eine

verantwortliche Kreditvergabe entwickelt und durchgesetzt werden.

Wie stellt sich die aktuelle Schuldsituation in Ländern des Globalen Südens dar?

Die Corona-Pandemie hat die Staatsverschuldung vieler Länder des Globalen Südens weiter verschärft. 135 der 148 Länder, die zum Globalen Süden gezählt werden, sind kritisch verschuldet. Fast 100 Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen haben bereits ihre öffentlichen Ausgaben reduzieren müssen und die Verknappung bzw. Verteuerung von Nahrungsmitteln durch den Ukraine-Krieg verschärft die Situation weiterhin.

Welche Rolle nimmt Deutschland in der globalen Schuldenarchitektur ein?

Deutschland hat 2022 die G7-Präsidentschaft inne und sollte in dieser Rolle Akzente bezüglich der Entschuldung des Globalen Südens setzen. Bisherige Entschuldungsinitiativen beschränkten sich auf öffentliche Kredite. Deutschland könnte die Beteiligung privater Gläubiger auf die Agenda setzen. Auch über die G7-Präsidentschaft hinaus steht die Bundesregierung in der Verantwortung Schritte zu einem faireren und auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhenden Insolvenzverfahrens für Staaten anzustoßen. Dazu hat sich die amtierende Regierung auch in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet.

Malina Stutz ist politische Referentin beim deutschen Entschuldungsnetzwerk erlassjahr.de. Sie hat Staatswissenschaften an der Universität in Erfurt und Plurale Ökonomik an der Universität Siegen studiert.

Impressum

Herausgeber



Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER), Am Sudhaus 2, 12053 Berlin, www.eineweltstadt.berlin; info@eineweltstadt.berlin

Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) ist ein Netzwerk von mehr als 110 entwicklungspolitischen Gruppen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Berlin für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der BER bietet eine Plattform zum Austausch und zur Qualifizierung der entwicklungspolitischen Arbeit. Er setzt sich gegenüber der Berliner Landespolitik für ein zukunftsfähiges Berlin in einer globalisierten Welt und für eine starke Zivilgesellschaft ein.

Redaktion, Layout: Alexander Schudy (BER)

Für den Inhalt dieser Publikation sind allein die Herausgeber verantwortlich, die dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wieder.

Berlin im Januar 2023.

Gefördert von



und Engagement Global mit Mitteln des

